

demer Preßvergehen zu 12 Wochen Gefängnis und 160 Fl. Strafe verurtheilt war, im Wege der Begnadigung die Selbststrafe gänzlich, die Gefängnisstrafe zur Hälfte erlassen worden ist.

— Aus Kassel wird über das Resultat der Wahlen zum städtischen Bürgerausschusse berichtet: Von den 48 zu wählenden Personen wurden 20 aus der Regierungslifte gewählt und 11 andere aus andern Parteien sind ihres anerkannten ehrenhaften Charakters und ihrer gemäßigten Ansichten wegen solche, welche der Regierung genehm sein werden, sodas nur 17 die eigentliche und gleichfalls nur gemäßigte Opposition bilden werden. Zehn der letztern gehören der demokratischen, und sieben der halbdemokratischen Richtung an, und zwei derselben waren bereits Mitglieder des vorigen aufgelösten Ausschusses.

— Man schreibt dem Frankfurter Journal aus Weimar vom 23. März: Oberst v. Poyda, der Obercommandeur unser Truppen, hatte schon längere Zeit gewünscht, das auch in Eisenach ein sogenannter Offizierscafé eingerichtet werde, an welchem die unverheirateten Herren dieses Standes abgefordert speisen, damit auch auf diese Weise ein esprit de corps gefördert werde. Dieser Wunsch ist nun, gleichwie hier, dadurch mit realisiert worden, das der Großherzog zu jedem solchen Souvert einen Zuschuß von 2 Gr. aus seiner Privatschatulle gibt. Die hiesigen, in der Kaserne speisenden Offiziere sind noch besonders mit einem prachtvollen silbernen Service vom Großherzoge beschenkt worden.

— Die Weser-Zeitung meldet Hannover vom 26. März: Nach einer von unterrichteter Seite uns zugehenden Mittheilung sind bei einigen der hier garnisonirenden Corps, namentlich bei der Artillerie und beim Leibregiment (Infanterie) gestern und heute Vorbereitungen getroffen, welche auf nahe bevorstehende außerordentliche Verwendung derselben mit Wahrscheinlichkeit schließen lassen. Man sagt ferner, das drei Infanteriebataillone, vier Schwadronen und eine reitende Batterie Befehl erhalten haben, sich marschfertig zu halten. Der Zweck dieser Mobilmachung liegt zu nahe, als das wir nöthig hätten, denselben hier anzudeuten. Soweit wir übrigens von der Stimmung in den höhern Regionen unterrichtet sind, glauben wir annehmen zu dürfen, das man sich womöglich auf jene Mobilmachung der gedachten Corps zu beschränken und eine effective Verwendung derselben ohne dringenden Anlaß zu ersparen wünscht.

Bremen, 27. März. Die Weser-Zeitung sagt: Wir wir hören, wird das Bürgeramt am heutigen Abend noch eine Sitzung halten, und ist demselben von conservativer Seite ein für die Bürgerschaft bestimmter Antrag zugegangen, welcher zur Aufhebung des verfassungswidrigen Absehungsbeschlusses vom 20. März auffodert. Von der Thätigkeit des Bundescommissars verlautet im Publicum so gut wie nichts: General Jacobi tritt so einfach und anspruchslos auf, das seine Anwesenheit die Physiognomie der Stadt nicht im mindesten verändert hat.

— Die Neue Preussische Zeitung schreibt: Die Unterhandlungen mit dem Herzoge von Augustenburg sind in ein neues Stadium getreten. Die dänische Regierung hat für ihre Anerbietungen an den Herzog nunmehr eine bestimmte Frist gestellt, nach deren Ablauf sie die letztern nicht mehr als verbindlich erachtet. Es hat ganz den Anschein, als sei diese Erklärung der dänischen Regierung der Zweck der gegenwärtigen Anwesenheit des hofstein-lauenburgischen Gesandten am Bundestage, Baron v. Bülow, in Berlin.

Wien, 27. März. Die gestrige Wiener Zeitung macht bekannt, das am 29. März 5 Mill. Fl. verzinsliche Reichsschlagscheine öffentlich werden verbrannt werden, wodurch sich der unüberschreitbare Maximalbetrag des mit Zwangscurs im Umlaufe befindlichen Staatspapiergeldes sodann mit 175 Mill. Fl. feststellen wird. Das die beschlossene Verteilung zunächst verzinsliche Staatsnoten trifft, ist ebenso einleuchtend als zweckdienlich. — Der mit Sardinien abgeschlossene Handels- sowie der fernere Vertrag zur Unterdrückung des Schleichhandels ist heute zur Veröffentlichung gelangt. — Die Großfürsten Michael und Nikolaus sind heute Vormittag nach München abgereist.

— Das Correspondenzblatt aus Böhmen berichtet aus Wien vom 26. März: In der vorgestrigen Sitzung des Zollcongresses gelangte die Berathung über den Zolltarifentwurf zum Schlusse; es erübrigt noch die Discussion einiger Anträge, die soden in den Subcommissionen zur Berichterstattung fertig geworden sind, worauf der officielle Schluß des Congresses erfolgen wird.

— Aus Prag meldet die Prager Zeitung Folgendes über die Verhaftung des Pastors Kossuth: Am 24. März wurde der Pastor der hiesigen protestantischen Gemeinde Helvetischer Confession, Hr. Friedr. Wilh. Kossuth, in Haft genommen. Pastor Kossuth war nach der Bekanntmachung der neuen Proclamation des Landesmilitärcommandos, welche den Besitz und die Verbreitung revolutionärer Schriften verbietet, in dem Besitze einiger Tausende von Exemplaren der gefährlichsten Schriften, die durchgängig fanatischen Hussitismus und jene verderblichen destructiven Grundsätze predigen, welche das eigentliche Wesen der neuen freichristlichen Gemeinden ausmachen und letztere mit dem Hussitismus so ziemlich identificiren. Das Pastor Kossuth diese Werke zum Behufe der Verbreitung besaß, unterliegt keinem Zweifel, wenn man die ungeheure Menge von Exemplaren eines jeden einzelnen dieser Werke, welche er besaß, in Anschlag bringt. Und das er in selbstbewußter sträflicher Absicht gehandelt, beweist ferner der Umstand, das er, nachdem man ihn wegen des in seiner Wohnung vorgefundenen Bücher-vorraths zur Verantwortung gezogen hatte, noch einige weitere Tausende von Exemplaren derselben Werke verheimlichte, sie unter dem Dreterboden

des Hortocals im Verhaufe verbarg und für deren heimliche Besetzung thätig war. Eine solche Handlungsweise dürfte die Verhaftung und die von der Regierung verfügte Suspendirung des Pastors Kossuth von seinem Predigeramte erklären.

Schweiz.

— Aus der Schweiz, 25. März. Ich habe Ihnen heute eine Annonce in unserm Lande der Pres-, Rede- und Caricaturenfreiheit mitzutheilen. Kürzlich meldete ich Ihnen, das in Basel eine politische Untersuchung stattgehabt, wegen eines in dieser Stadt aufgeführten Faschingszuges, welcher durch Vorführung einiger Thiere die Regierung Ludwig Napoleon's caricirte; gestern sind vom baseler Gerichte die Haupturheber dieser Caricatur zu vierwöchentlichem, die minder Gravirten zu zweiwöchentlichem Arrest verurtheilt worden. Die Betreffenden sind geachtete junge Bürger in genannter Stadt. Wie verlautet, hatte der französische Gesandte den Bundesrath veranlaßt, die baseler Cantonalregierung zur Verfolgung der Faschnachtsposse zu bestimmen. — Der Schweizerische Handwerks- und Gewerbeverein hat den Bundesrath petitionirend angegangen, „bei den deutschen Zollvereinsstaaten nicht weiter um die frühern Zollvergünstigungen zu unterhandeln, sondern auf unbestimmte Zeit dem deutschen Schutzzoll gegenüber einen Gegenzoll mit ähnlichen Tariffagen aufzustellen. Bei dieser Retorsionsmaßregel seien die Grundsätze eines weisen Schutzes und Begünstigung unserer vaterländischen Arbeitskräfte in landwirthschaftlicher, wie in gewerblicher Beziehung mit Umsicht anzuwenden und durchzuführen, dagegen Rohproducte soviel möglich frei einzulassen.“ — Da neuerdings die Sacularisationsfrage des Großen St.-Bernhardsklosters die französische ultramontane Presse so stark beschäftigt und sogar als Mitgrund herhalten muß für die Nothwendigkeit einer Occupation der Schweiz, ging der schweizerische Geschäftsträger in Paris die betreffenden Organe an um Aufnahme des Memorial's der walliser Cantonsregierung in dieser Angelegenheit, welches die Berechtigung ihrer Handlungsweise darthut, welchem Verlangen bis jetzt jedoch nur das Journal des Debats nachgekommen ist.

— Der kürzlich in Bern ausgegebene siebente Rechenschaftsbericht des Centralcomité zur Unterstützung der Flüchtlinge in der Schweiz umfaßt den Zeitraum vom 26. April bis 31. Dec. 1851. Nach demselben betrug die Einnahme 7352 Fr. Davon wurden in drei Vertheilungen 6516 Fr. verausgabt und bleibt mithin ein Kassenbestand von 836 Fr. Der beiweitem größte Theil der Einnahme gehört noch in das erste Halbjahr 1851. Vom 1. Juli an bis zum 31. Dec. sind nicht mehr als 948 Fr. eingegangen.

Italien.

Genua, 23. März. (Tel. Dep.) Neuere Nachrichten von der Insel Sardinien lauten beruhigend. Sassari ist still. Die Behörden haben energische Maßregeln zur vollkommenen Entwaffnung der Gemeinden und zur Ueberwachung der Fremden getroffen. In der Stadt Alghero wollte das Volk die Ausfuhr von Getreide mit Gewalt hemmen, die Ankunft von Truppen verhinderte weitem Aufzug. In Saniscola erhob sich eine kleine Ermeute gegen die Municipalbehörde und die Katastralfeldmesser, auch dort ward sie militärisch unterdrückt. Der Sectionschef im Ministerium des Innern Pavese und der Staatsprocurator Castelli sind nach Sassari abgereist.

— In Nizza starb am 19. März die 65jährige Mutter Garibaldi's, Erzgenerals der ehemaligen republikanischen Armee in Rom. Abends um 7 Uhr wurde sie begraben, und zwar mit bedeutendem Pompe. Die Ecken des Leichentuchs wurden von vier politischen Flüchtlingen gehalten, einem Russen, einem Franzosen, einem Polen und einem Italiener. Dem Begräbnis wohnten unter Andern auch die höchsten Behörden und Offiziere der hier liegenden zwei Regimenter bei, im Ganzen mehr als 3000 Personen. Ein Theil der Stadt, wo der Todtenzug durchging, war beleuchtet, und aus den Fenstern hingen italienische Tricolorfahnen. Ungefähr 300 politische Flüchtlinge folgten dem Sarge. Die Mutter Garibaldi's war arm und lebte nur von Dem, was ihr Sohn ihr zusendete. In ihrer Hinterlassenschaft fanden sich unter Andern auch die zwei Degen vor, welche die progressive Partei Italiens ihrem Sohne im Jahre 1848 verehrte. Garibaldi hat hier noch einen Bruder.

— Aus Rom wird der Römischen Zeitung mitgetheilt: Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, das dem Cardinal-Secretär von den Repräsentanten Preußens und Oesterreichs Vorschläge gemacht worden sind, auch den Kirchenstaat dem großen Postvereine der deutschen Staaten zur Erleichterung und Vermehrung des gegenseitigen Verkehrs näher anzuschließen. Die betreffenden Anträge sind diesseits mit vieler Zuvoorkommenheit zu näherer Prüfung aufgenommen worden.

Frankreich.

Paris, 26. März.

Der Moniteur bringt heute das Decret, welches schon längst erwartet wurde und sich auf die administrative Decentralisation bezieht. Es lautet:

In Anbetracht, das seit dem Sturze des Kaiserreichs Mißbräuche und Ueber-treibungen aller Art das Princip unserer administrativen Decentralisation entstellt haben, indem sie an die Stelle der raschen Einwirkung der Localbehörde die langsamen Förmlichkeiten der Centraladministration setzten; in Anbetracht, das man von fernere wol regieren, aber nur aus der Nähe gut administrieren kann; das es infolge dessen ebenso nothwendig ist, den rein administrativen Einfluß zu decentralisiren, als es wichtig ist, das der gouvernementale Einfluß des Staats centralisirt bleibe, decretirt der Präsident der Republik auf Antrag des Ministers des

